



Die Bombe in der Saarbrücker Volkshochschule

Vor zwanzig Jahren verübten rechte Terroristen einen Bombenanschlag auf die Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht«.

Von Erich Später

Durch einen lauten Knall wurden viele Saarbrücker am 9. März 1999 morgens gegen 4:40 Uhr aus dem Schlaf gerissen. Am Gebäude der Volkshochschule auf dem Saarbrücker Schlossplatz war eine Bombe explodiert. Der Anschlag galt der Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht« des Hamburger *Instituts für Sozialforschung*, die seit dem 19. Februar in Saarbrücken gezeigt wurde.

Die Explosion zerstörte Teile des VHS-Gebäudes. Der Sachschaden wurde mit ca. 300.000 Euro beziffert. Wegen der massiven Drohungen und Proteste hatte die Saarbrücker Polizei regelmäßig Streifen zur Ausstellung geschickt. Die letzte war gerade zehn Minuten vorher am VHS-Gebäude vorbeigefahren. Die Bombe wurde am Rückgebäude der VHS abgelegt. Sie entwickelte eine so starke Explosionskraft, dass nicht nur die Fenster im hinteren Teil, sondern auch die großen Fenster im Frontbereich zum Schlossplatz zersplitterten. Die historischen Bleifenster der benachbarten Schlosskirche wurden zerstört. Die Kirche selbst erheblich beschädigt. Ein bis zwei Kilo gewerblicher oder militärischer Sprengstoff, die Herkunft war nicht mehr feststellbar, wurde mit einem unbekanntem Zünder zur Explosion gebracht. An dem Zünder hing ein mechanischer Wecker, der wiederum mit einem achtzehn Meter langen Lautsprecherkabel verbunden war, das in der Nähe der Saar gefunden wurde. Durch dieses Kabel konnten elektrische Impulse geschickt werden. Vier Tage später geht ein Bekennergesehreiben bei der *Bild*-Redaktion in Hamburg ein: »Unser Motiv: Diese kriminellen Veranstalter wie der vorbestrafte Heer verstehen keine andere Sprache. Zum Beweis dafür, dass wir keine Trittbrettfahrer sind, haben wir ein Reststück des verwendeten Zündkabels beigefügt... Wir bitten das Kultusministerium, keine Besuche mehr mit

Kindern und Schulklassen zu befürworten. Die Kölner Kameraden warten auf Heer und seine Mittäter. Köln ist die nächste Station der Ausstellung.« Zwei Tage später geht bei der *Saarbrücker Zeitung* ein Bekennerbrief in einem Umschlag ein. Darin ein tatsächlich passendes Stück Kabel.

Die völlige Zerstörung des VHS-Gebäudes wurde nur durch einen Fehler bei der Platzierung der Bombe verhindert. Den saarländischen Veranstaltern, der *Stiftung Demokratie Saarland*, der *Heinrich-Böll-Stiftung Saar* und der *Volkshochschule Regionalverband Saarbrücken*, war es dadurch möglich, die Ausstellung nach fünf Tagen wieder zu eröffnen. Bis zum Ende der Ausstellung am 20. März 1999 wurden insgesamt 20.000 Besucher gezählt.

»Unsere Väter waren keine Mörder«

Dem Bombenanschlag vorausgegangen war eine Mobilisierungskampagne der radikalen Rechten, deren inhaltliche Positionen bis weit in das konservative Lager geteilt wurden.

Es war der damalige CSU-Bezirksvorsitzende Peter Gauweiler, der in München 1997 die Massenproteste gegen die Ausstellung eröffnete. »Unsere Väter waren keine Mörder«, war das Motto, unter dem 6.000 Rechtsradikale aller Couleur (darunter auch die späteren NSU-Terroristen Bönhardt, Mundlos und Zschäpe) in München aufmarsihierten. Die zentralen Aussagen der Ausstellung über die massenhafte Beteiligung der Deutschen Wehrmacht an der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Jugoslawien und der Sowjetunion, ihrer zentralen Rolle bei der Ermordung von drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen und der massenhaften Tötung sowjetischer Zivilisten wurden schlicht geleugnet.



Am Tatort – Polizeibeamte untersuchen das beschädigte VHS-Gebäude und die Saarbrücker Schlosskirche (© Roman Schmidt).

Die Ausstellung kritisierte ein zentrales Deutungsmuster des Zweiten Weltkriegs und der NS-Herrschaft, das über Jahrzehnte die bundesdeutsche Öffentlichkeit dominierte.

Die Soldaten der Wehrmacht hätten sich in treuer Pflichterfüllung für Volk und Vaterland geopfert und seien in tragischer Weise von Hitler missbraucht worden; dies war über Jahrzehnte prägend für das Bild der Wehrmacht in der deutschen Öffentlichkeit und ermöglichte die Verteidigung des eigenen und familiären Selbstbildes, das mit den Menschheitsverbrechen NS-Deutschlands nichts zu tun gehabt habe.

Der damalige saarländische CDU-Landesvorsitzende, spätere Ministerpräsident und heutige Richter am Bundesverfassungsgericht, Peter Müller, versicherte der erregten saarländischen Öffentlichkeit, die mehr als 200.000 saarländischen Wehrmachtssoldaten trügen keinerlei Verantwortung für die Ver-

brechen des NS-Regimes. Auch sie hätten sich in treuer Pflichterfüllung geopfert und seien in tragischer Weise von Hitler missbraucht worden. Müllers CDU finanzierte große Anzeigen in der *Saarbrücker Zeitung* mit dem Text

Wir lassen unsere Väter von diesen Ausstellungsmachern und ihren Hilfstruppen nicht unwidersprochen als Mörder diffamieren und mit ihnen die vielen Toten, die sich nicht mehr wehren können.

Begleitet wurde diese Hetze durch eine bundesweit einmalige Leserbriefkampagne der *Saarbrücker Zeitung*. Die Leserbriefflut wurde eröffnet von Standardbriefen rechtsradikaler Agitatoren. Tätersprache, Antisemitismus, offene Verteidigung des NS-Regimes und primitive Verleumdungen waren der Tenor dieser Art von Veröffentlichungen. Zu diesen kam der saarländische

Volkszorn, der sich über Wochen artikulieren durfte. Gleichzeitig ließ man einige Journalisten der Zeitung in ihrem redaktionellen Teil regelmäßig ausführlich und objektiv über die Ausstellung berichten.

Forschungsstand an der Saar: ›Augen zu‹

Es war ein bundesweiter Rekord, den die *Saarbrücker Zeitung* während der 31. Station der Ausstellung aufstellte: Etwa 260 Leserbriefe wurden veröffentlicht. Den Schreibern kam es in ihrer übergroßen Mehrheit darauf an, die Wehrmacht freizusprechen und die nationale Ehre Deutschlands zu retten. Der deutsche Nationalismus war, historisch gesehen, die stärkste politische Kraft im Saarland. Die Volksabstimmung von 1935 verschmolz den Nationalismus mit der NS-Ideologie zu einer mächtigen politischen Bewegung. Sie brachte 90 % der Saarländer dazu, mit Begeisterung für die deutsche Volksgemeinschaft zu votieren. Hinzu kam die Liebe und Wertschätzung für Deutschlands Spitzenkandidaten Adolf Hitler, der nur indirekt zur Wahl stand. Der Terror, der dann ausgeübt wurde und die massenhafte Beteiligung der Saarländer an der NS-Kriegs- und Vernichtungspolitik sind bis heute nicht ausreichend erforscht.

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935 im Saarland führte die jüngeren Altersgruppen in die neugebildeten Divisionen der Wehrmacht und später der Waffen-SS. Es ist der »Wehrkreis 12« in Wiesbaden, das unterstellte Wehrbereichskommando mit Sitz in Mannheim, das die Massenmobilisierung für den Angriffskrieg organisiert. Es sind die dort aufgestellten Infanteriedivisionen 33 und 36, die sich als Bestandteil der Heeresgruppe Nord und der Heeresgruppe Mitte im Jahre 1941 an dem deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion beteiligten.

Die Zahlen über die getöteten saarländischen Soldaten der Wehrmacht und SS schwanken zwischen 30.000 und 50.000 Toten. 100.000 geraten in Gefangenschaft. Eine Geschichte der Saarländer in den bewaffneten Formationen von Wehrmacht, SS und Ordnungspolizei gibt es bis heute nicht einmal in Ansätzen.

Die saarländische Lüge

Die Kampagne zeigte Müllers politisches Gespür für die Mobilisierungskraft des deutschen Nationalismus an der Saar und die gern geglaubte Selbstrechtfertigung für die Hinwendung der übergroßen Mehrheit zum NS-Regime 1935. Keine der saarländischen Landesregierungen zeigte nach dem erneuten Anschluss an Deutschland 1955 das Interesse, den saarländischen Sonderweg zu erforschen und Täter und Opfer, Strukturen und Akteure des großen Mordens der Jahre 1935 bis 1945 zu benennen.

Denn das hätte das Ende der saarländischen Lebenslüge bedeutet: Der von der durch die Geschichte, durch Frankreich und Deutschland, von Hitler und den Pfälzer Nazis gebeutelten kleinen Leute, die nie »richtig dahemm« gewesen waren. Das bis heute schwache demokratische Protestpotential im Saarland ist auch auf diese Art von Vergangenheitspolitik zurückzuführen. Dies zeigte sich einmal wieder im weitgehenden Verzicht auf massive öffentliche Gegenrede gegen die nationalistische Mobilisierung während der Ausstellung. Von den Gewerkschaften, der Universität, der Arbeitskammer, von kulturellen Institutionen und prominenten Schriftstellern und Intellektuellen war wenig zu hören.

Auch der ehemalige linke Ministerpräsident Oskar Lafontaine enthielt sich jeder Äußerung, die man als Solidaritätserklärung hätte missverstehen können. Er kenne seine Saarländer und wisse, bei welchen Themen sich die »saarländische Freude« (Ludwig Harig) in blanken Hass verwandelt.

Aufmärsche der Neonazis in Saarbrücken

Auch die landeseigenen Neonazis und ihre auswärtigen Kameraden mobilisierten am 20. Februar 1999 über 400 Aktivisten unter dem Motto »Unsere Großväter waren keine Verbrecher – Keine Ruhe für die Schandausstellung« zu einer Demonstration nach Saarbrücken. Ihnen kam dabei die damalige saarländische Linie gegenüber den Neonazis zugute. Diese bestand darin, wenn irgend möglich, keine Veranstaltung der Nazis zu verbieten und gleichzeitig massiv gegen protestierende Antifaschisten vorzugehen.

So erfolgte auch hier nicht einmal der Versuch von Seiten der *Stadt Saarbrücken* und ihres Chefjuristen Jürgen Wohlfarth, einmalig in allen Ausstellungsorten, gerichtlich gegen den Aufmarsch vorzugehen. Dafür wurden 126 Gegendemonstranten verhaftet und viele im Saarbrücker Nauwieser Viertel durch Polizeieinheiten eingekesselt. Auf der Abschlusskundgebung der Neonazis sprachen u.a. der damalige JN-Bundesvorsitzende Holger Apfel und der verurteilte Rechtsterrorist Peter Naumann. Dieser hatte seine Karriere als Nazi-Chef-Bomber bereits 1974 begonnen. Eine seiner selbstgebastelten Bomben explodierte und verletzte ihn schwer an der Hand. Auch ein erstes Todesopfer war zu beklagen. Einer der eingesetzten Feuerwerker starb bei dem Versuch, eine der Bomben Naumanns zu entschärfen. Im August 1978 wurde Naumann in Italien tätig. Zusammen mit dem Nazi-Aktivisten Hans Lembke verübte er einen Bombenanschlag auf das Mahnmal für Hunderte von der SS und Wehrmacht am 24. März 1944 in Fosse Ardeatine ermordeter italienischer Zivilisten.

1979 war er an der Sprengung von zwei Sendemasten beteiligt, um dadurch die Ausstrahlung der Fernsehserie »Holocaust« zu verhindern. 1988 wurde Naumann zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten wegen Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion verurteilt. Zwei Jahre später, 1990, wurde er vorzeitig entlassen. Am 2. März 1995 fanden Kriminalbeamte in Wohnungen von Peter Naumann in Wiesbaden und in Freisdorf erneut zwei Rohrbomben. Ohne große juristische Konsequenzen. Auch seine Hetzrede in Saarbrücken hatte, wie so oft in seiner kriminellen Karriere, keinerlei strafrechtliche Folgen.

Nicht einmal die Parolen der Rechtsextremisten während der Demonstration, die u.a. »Ruhm und Ehre für die Waffen-SS« einforderten, führten zu einem polizeilichen Eingreifen.

Die Nazis wissen dieses Verhalten bis heute zu schätzen und kommen gerne ins Saarland und nach Saarbrücken. Die Kosten hierfür tragen vor allem »nichtdeutsch« aussehende Menschen, die vor und nach diesen Veranstaltungen ins Visier der Nazi-Schläger geraten.

Von der Detonation zerstörte Meistermann-Fenster der Saarbrücker Schlosskirche (© Stiftung Demokratie Saarland).





Zwei Kilogramm Sprengstoff verursachten einen Schaden von mehreren hunderttausend Euro (© Becker & Bredel).

Gewaltspur der Neonazis im Saarland

Die militanten Neonazis hatten zum Zeitpunkt des Bombenanschlags 1999 bereits eine breite Spur von Gewalt und Terroranschlägen im Saarland gelegt. Hier seien nur die spektakulärsten genannt: Nach einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Saarlouis verbrannte im September 1991 der Flüchtling Samuel Yeboah. Anschläge mit Brandsätzen gab es noch dutzende – vor allem im Landkreis Saarlouis, wo sich eine militante Neonazi-Szene etablierte.

Mehrere Bombenanschläge scheiterten nur durch glückliche Zufälle, so auf das Büro der PDS 1990 oder auf ein Asylbewerberheim in Saarlouis im Jahre 1992.

Die Ermittlungen wegen des Bombenanschlags auf die Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht« wurden noch im gleichen Jahr 1999 mit der Wahl des CDU-Landesvorsitzenden Peter Müller zum saarländischen Ministerpräsidenten eingestellt. Müller hatte bereits am 10. März 1999, wenige Stunden nach dem Anschlag, über die Bombenleger Bescheid gewusst. Der Anschlag sei »die kriminelle Tat eines Wahnsinnigen«. Davon ging mehr oder

weniger auch das hinzugezogene BKA aus. Das wissen wir heute durch die Recherchen der Journalisten Stefan Aust und Dirk Laabs. Sie haben in ihrer detaillierten Untersuchung »Heimatschutz – Der Staat und die Mordserie des NSU« (Pantleon-Verlag, München 2014, 864 Seiten) belegt, dass der ermittelnde BKA-Beamte in Sachen »Bombenanschlag Saarbrücken« alle Hinweise, die auf eine Beteiligung des gerade ein Jahr zuvor abgetauchten Terrortrios Mundlos, Bönhardt und Zschäpe hindeuteten, ignorierte. Vielmehr wurde sogar der rechtsextreme Hintergrund der Tat mit hanebüchenen Argumenten bezweifelt. (Vgl. Aust/Laabs, 2014, S. 378).

Ein Abgleich des bei dem Anschlag auf die Ausstellung verwendeten Sprengstoffs und der Zündvorrichtung mit den im Januar 1998 in der Garage des Trios beschlagnahmten Rohrbomben war nicht möglich, da diese Beweismittel nach einem halben Jahr in der Asservatenkammer des *LKA Thüringen* vernichtet wurden, wie auch fünfzig Aktenordner mit Abhörprotokollen aus dem Nazi-Umfeld. Trotzdem ging das BKA davon aus, dass die abgetauchten Terroristen technisch nicht in der Lage seien, eine Bombe, wie in Saarbrücken eingesetzt, zu bauen.

NSU-Aktionen

Dabei war das Trio schon in der Frühzeit ihrer Gewaltkarriere in der Nazi-Kampagne gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg« aktiv. Bereits am 9. Juni 1996, am letzten Tag der Ausstellung in Erfurt, wurde ein Anschlag auf diese verübt. Der wegen Mordes an zwei vietnamesischen Flüchtlingen 1980 in Hamburg – der 22-jährige Ngoc Chau Nguyen und der 18-jährige Anh Lan Do sterben an ihren schweren Verbrennungen – verurteilte Rechtsterrorist Manfred Röder verübte mit anderen Nazis einen Farbanschlag auf die Ausstellung. Über 25 Meter Länge sprühten sie in gelber und schwarzer Farbe auf die Ausstellungstafeln das Wort »Lüge«.

Für die Sachbeschädigung an der Ausstellung wird der vorbestrafte Mörder zu einer Geldstrafe von 4.500 DM, ca. 2.250 Euro verurteilt. Zu seiner während des Prozesses aufmarschierten Leibgarde gehörten die späteren NSU-Terroristen Böhnhardt und Mundlos.

Auch für den heutigen thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow von der Partei *Die Linke* war der Prozess ein einschneidendes Erlebnis. Ramelow war Zeuge bei der Aktion der Rechtsextremisten und griff bei der Sprayer-Attacke ein. Sein mutiges Verhalten führte zur Festnahme von Röder und einem seiner Komplizen. Für sein Eingreifen wird er von Manfred Röder angezeigt und es kommt tatsächlich zu einer Verhandlung. Ramelow erinnerte sich im Oktober 2015 in einem Gespräch mit dem MDR-Journalisten Nils Werner:

»Innerhalb dieses Prozesses bemerkte ich, dass ich permanent von zwei Menschen verfolgt wurde, die sehr nah an mir dran waren, wenn ich aus dem Gerichtssaal ging oder wenn ich wiederkam – egal wo ich mich bewegte. Später stellte sich heraus, dass das Böhnhardt und Mundlos, die NSU-Mörder waren. Sie waren permanent an mir dran und das Signal war für mich eindeutig... Wir sehen dich! Wir hören dich! Wir wissen, wer du bist! Wir wissen, wo du wohnst! Das Signal war unausgesprochen...«

NSU und der saarländische Verfassungsschutz

Der bodenlose Skandal um die Unterstützung und Förderung des »NSU-Untergrunds« durch die bundesdeutschen Ämter für Verfassungsschutz erreichte das Saarland nie. Die angeblich 2011 im Saarland, nach dem Auffliegen des Trios wieder aufgenommenen Ermittlungen wegen des Bombenanschlags wurden, wen wundert es, ergebnislos eingestellt. Forderungen nach einem Untersuchungsausschuss über eine eventuelle Beteiligung des saarländischen Verfassungsschutzes am Aufbau rechtsextremer Strukturen im Saarland stellte bis heute niemand.

Das zugrundeliegende Prinzip der Arbeit der Behörden bei der Bekämpfung von Neonazis seit den frühen Neunziger Jahren ist einfach zu verstehen: Das Anwerben von Gewalttätern, Totschlägern und Mördern durch die bundesdeutschen Verfassungsschutzbehörden, der Schutzschirm für sie gegen polizeiliche Ermittlung und Verhaftung und der üppig mit öffentlichen Mitteln finanzierte Aufbau von Nazi-Strukturen. Dies sollte es ermöglichen, alle Teile des Nazi-Netzwerkes zu kontrollieren. Wer wen kontrollierte, ist allerdings bis heute höchst umstritten.

Aber durch die Arbeit der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse und politischer Gruppen wie »NSU Watch – Aufklären und Einmischen« versteht man heute besser, warum über viele Jahre die Nazi-Netzwerke in der Lage waren, fast ungehindert ihre Feinde zu terrorisieren und ein Klima der Angst und Einschüchterung zu erzeugen, ohne dass die Polizei und Justiz in der Lage oder gewillt gewesen wären, die Lynchbanden und Mörder wirklich zu stoppen.

Diese abenteuerliche Politik führte zur Vertuschung schwerster Straftaten durch den Verfassungsschutz, auch gegenüber polizeilichen Ermittlungen, und ermöglichte es den Nazis, jahrzehntelang und bis heute Angst und Schrecken zu verbreiten.

In Peter Müllers Zeit als Ministerpräsident und Kramp-Karrenbauers Amtszeit als Innenministerin wurde fast keines der schweren Verbrechen, die rechtsradikale Banden und sogenannte Einzeltäter im Saarland verübten, aufgeklärt. Ähnlich wie bei den Mordopfern des NSU wurden z.B. die

mehrfachen schweren Brandstiftungen in Völklingen auf die von Migranten bewohnten Häuser über Jahre von den Ermittlungsbehörden den Opfern in die Schuhe geschoben. Dieser Skandal wurde erst durch die Recherchen der Journalisten Johannes Kloth (damals *Saarbrücker Zeitung*) und Tilla Fuchs (*Saarländischer Rundfunk*) bekannt. Kein Täter wurde je ermittelt.

Allerdings geriet im März 2009 eine Gedenkveranstaltung der saarländischen *Heinrich-Böll-Stiftung* und der SPD-nahen *Stiftung Demokratie Saarland* anlässlich des 10. Jahrestages des Bombenanschlags mit dem Hamburger Historiker Hannes Heer ins Visier des Verfassungsschutzes. Die Veranstaltung ist im Bericht der saarländischen Verfassungsschützer für das Jahr 2009 unter dem Stichwort »Gewalttätiger Linksextremismus« aufgeführt.

Zu Beginn der Veranstaltung hatten Mitglieder des antifaschistischen Bildungsvereins *CriThink! e.V.* über rechtsterroristische Strukturen im Saarland und eine Fülle ungeklärter Brandstiftungen, Bombenanschläge, Körperverletzungen und versuchter und vollendeter Morde hingewiesen. Die Antifa-Aktivisten unterliegen bis heute staatlicher Einschüchterung und werden als angebliche »Linksextremisten« und »Gewalttäter« vom saarländischen Innenministerium und dem Verfassungsschutz unter besondere Beobachtung gestellt.

Eine gute Zusammenfassung der Geschehnisse über die Ausstellung und den Bombenanschlag in Saarbrücken gibt der Historiker und Leiter der Webrmachttausstellung Hannes Heer (online abrufbar unter: www.boell-saar.de oder direkt <https://www.youtube.com/watch?v=lnGGETsKbU8>).

Polizeibeamte bei der kriminaltechnischen Untersuchung des zerstörten Seitenflügels des VHS-Gebäudes (© Stiftung Demokratie Saarland).

